



Leitantrag

1 **Unser Land gerecht erneuern - für ein solidarisches Dresden**

2
3 Dresden wächst - wir sind Geburtenhauptstadt. Die Menschen leben gerne in der Landes-
4 hauptstadt. Darüber hinaus ziehen mehr und mehr Menschen zu uns.

5
6 Dresden ist Bildungs- und Kulturstadt - wir investieren in Bildungseinrichtungen und haben
7 eine beeindruckende Anzahl an Museen, Kunst- und Kunsteinrichtungen.

8
9 Dresdens Wirtschaft ist stabil - wir sind mit der hiesigen Chipindustrie Motor des Silicon Sa-
10 xony. Die Hochschul- und Forschungslandschaft – im Zentrum die Exzellenzuniversität TU
11 Dresden – prägt unsere Stadt als Hort der Lehre und Innovation.

12
13 Und Dresden ist Sportstadt - mit den Volleyball-Frauen des DSC, den Eishockeyspielern der
14 Eislöwen und Dynamo Dresden hat die Landeshauptstadt mehrere bundesweit erfolgreiche
15 Sportvereine. Darüber hinaus besteht eine Vielzahl weiterer Sportvereine und Sportgruppen,
16 die Dresden aktiv bleiben lassen.

17
18 Dresden ist eine Stadt mit hoher Lebensqualität, in der es sich gut und fast immer sicher le-
19 ben lässt. Das Wachstum ist ein Ausdruck dieser Attraktivität. Aber, diese positiven Entwick-
20 lungen gehen einher mit einigen Herausforderungen.

21
22 Seit mittlerweile über zweieinhalb Jahren ist Dresden mit der fremdenfeindlichen Pegida-
23 Bewegung konfrontiert. Auch wenn die Zahl der regelmäßigen Teilnehmerinnen und Teil-
24 nehmer stark zurückgegangen ist, wurde das gesellschaftliche Klima in unserer Stadt nach-
25 haltig vergiftet. Die Zunahme rassistischer Gewaltakte und das ramponierte Image Dresdens
26 sind direkte Folgen.

27
28 Doch auch auf anderen Ebenen besteht noch Handlungsbedarf: Nicht alle Menschen in
29 Dresden können am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben. Noch immer sind fast 20.000 Men-
30 schen arbeitssuchend oder auf die Grundsicherung angewiesen. Von diesen Menschen sind
31 wiederum 38 Prozent langzeitarbeitslos. Diesen Zustand wollen wir nicht hinnehmen.

32
33 Teilweise sind die Menschen seit der politischen Wende nicht mehr auf einem stabilen Fun-
34 dament gelandet, welches sie wirtschaftlich und sozial absichert. Dies geht einher mit dem
35 Verlust auf die Chance der gesellschaftlichen Teilhabe. Die Folgen sind soziale und gesell-
36 schaftliche Spaltung und zumindest die Tendenz zur Vertiefung dieses Grabens im Mitei-
37 nander unserer Stadtgesellschaft.

38
39 Insbesondere die Jahre nach der politischen Wende haben mit dazu beigetragen, dass Men-
40 schen sich von der neuen Wirtschafts- und der neuen Werteordnung nicht mehr mitgenom-
41 men gefühlt haben. Die gefühlte Entwurzelung aus dem bekannten Umfeld, ggf. in Kombina-
42 tion mit Arbeitsplatzverlust oder Branchenwechsel haben nicht dazu beigetragen, dass alle
43 sich in der neuen Freiheit wiederfinden konnten.



Leitantrag

1 Zudem sind viele Menschen in Vorleistung gegangen, indem sie anfänglich Arbeitsbedin-
2 gungen hingenommen haben, die nicht den Standards des Westens entsprachen. Dies spie-
3 gelt sich heute u.a. im Lohngefüge, den Rentenansprüchen und einem nach wie vor stark
4 ausgeprägten Niedriglohnsektor wieder. Dieser Ausprägung und Entwicklung müssen wir
5 auch in Dresden begegnen.

6
7 Auch das Wachstum unserer Stadt stellt uns vor eine Herausforderung. Steigende Gebur-
8 tenzahlen gehen einher mit einem massiven Mehrbedarf an Kita-Plätzen und gut ausgestat-
9 teten Schulen. Der Zuzug vieler Menschen verknüpft den Markt an erschwinglichen Woh-
10 nungen immer mehr. Dresden hat ein Wohnungsproblem. Wenn die Attraktivität der Metro-
11 pole an der Elbe erhalten bleiben soll, muss insbesondere auch in diesem Zusammenhang
12 jetzt umgesteuert werden, um den Bedingungen einer wachsenden Stadt gerecht zu werden.
13 Dies schließt auch die Investition in Infrastruktur und Umfeld ein.

14
15 Die SPD hat in der Großen Koalition seit 2013 einiges durchgesetzt, um das gesellschaftli-
16 che Miteinander zu stärken. Für die Menschen in Dresden und Sachsen waren vor allem fol-
17 gende Projekte von zentraler Bedeutung:

- 18
19 • In ganz Deutschland gilt nun **ein einheitlicher, gesetzlicher Mindestlohn** von aktu-
20 ell 8,84 €. In Sachsen haben 250.000 Menschen dadurch mehr Geld in der Tasche.
- 21 • Der Bundestag hat endlich ein **einheitliches Rentenrecht** auf den Weg gebracht. Ab
22 2025 gibt es keinen Rentenwert Ost mehr, der niedriger ist als der im Westen. Es ist
23 einzig der SPD zu verdanken, dass die Rente der Menschen in Ost und West nun
24 nach den gleichen Maßstäben berechnet wird.
- 25 • Der Staat lässt Alleinerziehende endlich nicht mehr im Regen stehen, wenn das ab-
26 wesende Elternteil nicht mehr zahlt. Der **Unterhaltsvorschuss** wird dank SPD - Fa-
27 milienministerin Manuela Schwesig länger als sechs Jahre und bis zum 18. Lebens-
28 jahr gezahlt.
- 29 • Die SPD hat endlich ein **Lohngerechtigkeitsgesetz** durchgesetzt, sodass Beschäf-
30 tigte erstmals Auskunft darüber verlangen können, was Kolleginnen und Kollegen in
31 gleichwertigen Positionen im Durchschnitt verdienen. Dies hilft insbesondere Frauen,
32 ihr Recht auf gleiche Bezahlung endlich durchzusetzen.
- 33 • Die Dresdner Hochtechnologie profitiert vom SPD-geführten Wirtschaftsministerium.
34 Dank des **Investitionsprogramms Mikroelektronik** fließen Investitionen in Höhe
35 von 3,3 Milliarden Euro in gut bezahlte und innovative Arbeitsplätze nach Deutsch-
36 land, von denen ein guter Teil nach Dresden gehen wird. Gerade als Dresdnerinnen
37 und Dresdner können wir froh sein, dass die Mikroelektronik als Schlüsseltechnologie
38 für den gesamten Kontinent nun in bestimmten Fällen vom EU - Beihilferecht ausge-
39 nommen ist. Somit sorgt die SPD auch dafür, dass die Mikroelektronik als Zukunfts-
40 branche der Digitalisierung hier in Europa bleibt.

41
42 In diesen Bereichen hat die SPD das Land vorangebracht. Trotzdem gibt es einige wichtige
43 Themen, bei denen die Union den gesellschaftlichen Fortschritt immer noch blockiert.



Leitantrag

1 Die **Ehe für alle** lehnt die Union weiter ab. Den fertigen Gesetzentwurf hat sie in diesem
2 Frühjahr gestoppt. Gleiche Rechte für gleiche Liebe wollen die Konservativen nicht gewäh-
3 ren. Damit verwehren sie gleichgeschlechtlichen Paaren und Familien auch in Dresden wei-
4 ter elementare Grundrechte.

5
6 Das **Rückkehrrecht in Vollzeit** für Teilzeitbeschäftigte lehnt die Union weiter ab – trotz Ab-
7 sprachen im Koalitionsvertrag. 28 Prozent der Beschäftigten in Dresden arbeiten in Teilzeit,
8 viele wollen wieder in eine Vollzeitstätigkeit zurückkehren. Doch CDU und CSU sorgen dafür,
9 dass insbesondere Frauen weiter in der Teilzeitfalle hängen bleiben. Denn oft heißt es: Ein-
10 mal Teilzeit, immer Teilzeit. Wir, die SPD, halten daran fest, dass Berufstätigen in Teilzeit
11 dieses Recht zustehen soll.

12
13 Obwohl die Arbeitslosigkeit sinkt, profitieren rund eine Million Langzeitarbeitslose kaum da-
14 von. In Dresden sind etwa 7.600 Personen langzeitarbeitslos, das sind 38 Prozent aller ar-
15beitslosen Dresdnerinnen und Dresdner. Hier muss ein sozialer Arbeitsmarkt ansetzen. Mit
16 dem Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ hat SPD-Arbeitsministerin Andrea Nah-
17 les endlich wieder ein Bundesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit aufgesetzt. Die Uni-
18 on hat dieses kluge Programm klein gehalten. Hier muss mehr kommen. Wir brauchen einen
19 **echten sozialen Arbeitsmarkt** der vielen Betroffenen hilft.

20
21 Wer sein ganzes Leben gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt hat, muss mehr Rente
22 erhalten als die Grundsicherung. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und des Vertrauens in
23 unsere Sozialversicherungen. Durch die Turbulenzen nach der Wende und die Niedriglohn-
24 politik der CDU haben gerade viele Sachsen nur wenig in die Rentenkasse einzahlen kön-
25 nen. Ihnen droht Altersarmut. Für diese Menschen wäre eine **Solidarrente**, die mindestens
26 10 Prozent über der ortsüblichen Grundsicherung liegt, eine verdiente Anerkennung. Die
27 CDU lehnt sie immer noch ab.

28
29 Dies ist umso notwendiger, weil die **gesetzliche Rente** im Osten vielfach die einzige Ein-
30 kommensquelle im Alter ist. Eine Absenkung der Rentenhöhe trifft ältere Menschen in unse-
31 rer Region umso härter. Deswegen wollen wir mittelfristig wieder ein Rentenniveau von 50
32 Prozent gewährleisten. Außerdem wollen wir den Einstieg in die Erwerbstätigenversicherung
33 schaffen.

34
35 Auf deutlich breitere Füße wollen wir auch die Krankenversicherung stellen: Wir streben eine
36 **solidarische und paritätisch finanzierte Bürgerversicherung** für alle Menschen an, die
37 das bisherige System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung ablöst. Dabei wer-
38 den wir die besonderen Problemlagen von bisher privat versicherten Beamtinnen und Beam-
39 ten sowie von Selbständigen natürlich beachten.

40
41 Junge Menschen sollten uns gleich viel wert sein, ob sie nun eine Ausbildung machen oder
42 studieren. Wir setzen uns für eine **bundesweit einheitliche Mindest-**
43 **Auszubildendenvergütung** ein. Sie sollte sich im dritten Lehrjahr am BAföG-Höchstsatz
44 orientieren. Das schafft mehr Gerechtigkeit auf vielen Ebenen und hilft den Lehrlingsmangel
45 zu verringern.



Leitantrag

1 Wir wenden uns dagegen, die aktuell gute Einnahmesituation des Staates durch Steuerge-
2 schenke an Reiche zu verjubeln. Eine Steuerreform darf nicht zu Einnahmeausfällen führen,
3 weil wir für Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Breitbandausbau dringend Mittel brau-
4 chen. Stattdessen sollte eine **Entlastung der unteren Einkommen** durch **höhere Erb-**
5 **schaftssteuern oder die Einführung der Vermögenssteuer** gegenfinanziert werden. Die
6 Menschen im Osten wären davon kaum betroffen und bestehende Ungerechtigkeiten würden
7 verringert werden.

8
9 Dresden muss als wachsende Stadt mit hohen Geburtenzahlen in den kommenden Jahren
10 weiter kräftig in den **Bau und die Sanierung von Schulen** investieren. Auch wenn die Stadt
11 in sehr erheblichem Maße eigene Mittel in die Hand nimmt, sind 650 Millionen Euro Investiti-
12 onen nicht alleine zu stemmen. Daher muss der Bund sein vorgesehene Programm für den
13 Schulhausbau auch für wachsende und finanziell solide aufgestellte Städte wie Dresden öff-
14 nen.

15
16 Auch im Bereich der Wohnungspolitik besteht erheblicher Handlungsbedarf: Wohnen wird
17 insbesondere in größeren Städten wie Dresden immer teurer. Der **Bau neuer Sozialwoh-**
18 **nungen** muss auch nach 2019 eine echte **Gemeinschaftsaufgabe** von Bund und Ländern
19 bleiben. Einen Rückzug des Bundes aus der sozialen Wohnraumförderung darf es nicht ge-
20 ben. Stattdessen streben wir eine weitere Erhöhung der Fördersumme, eine inhaltliche Mit-
21 sprache des Bundes und eine stärkere Fokussierung auf die Problemlagen stark wachsen-
22 der Regionen an. Weiterhin wollen wir das Wohngeld endlich regelmäßig an die Preisent-
23 wicklung anpassen und eine **neue Wohnungsgemeinnützigkeit** einführen.

24
25
26 Für Dresden als wachsende Großstadt ist der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs
27 ebenso von essentieller Bedeutung. Der Bund kommt hier seiner Verantwortung für die
28 Kommunen bisher nur unzureichend nach. Die Zahlungen aus dem **Gemeindever-**
29 **kehrsförderungsgesetz** werden nun zwar auch nach 2019 fortgeführt, jedoch muss die
30 seit 1997 unverändert hohe Förderung endlich **spürbar erhöht werden**.

31
32 Die mangelhafte Bahnanbindung von Dresden ist schon seit vielen Jahren ein großes Ärger-
33 nis. Auch wenn sich Richtung Berlin spürbare Verbesserungen andeuten, steht Dresden bei-
34 spielhaft für viele Regionen vor allem in den Randlagen der Bundesrepublik. Langlaufende
35 Verbindungen wurden gekappt und die Länder müssen mit Nahverkehrsgeldern einspringen.
36 Wir unterstützen daher Bemühungen des Bundesrates, einen **bundesweiten Schienenper-**
37 **sonenfernverkehrsplan** zu entwickeln, der die Mindestbedienung von bestimmten Verbind-
38 ungen als Aufgabe der Daseinsvorsorge definiert. Die Sachsen-Franken-Magistrale und die
39 Strecke Dresden-Wrocław könnten davon ganz maßgeblich profitieren.

40
41 Als Kind und wesentlicher Mitgestalter der friedlichen Revolution ist sich die Dresdner SPD
42 schon immer dem Wert der Freiheit bewusst. Wir werden uns auch weiterhin für ein **gesun-**
43 **des Verhältnis von Freiheit und Sicherheit** einsetzen. Einerseits stehen wir für eine wehr-
44 hafte Demokratie, die die Sicherheitsbehörden und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut
45 ausbildet sowie technisch und personell vernünftig ausstattet. Andererseits sehen wir Geset-



Leitantrag

- 1 zesverschärfungen nach wie vor kritisch und lehnen übertriebene Mittel wie z.B. die Vorrats-
2 datenspeicherung ab.
3
4 Ebenso entschieden wenden wir uns gegen die immer wiederkehrenden Versuche von AfD
5 und Co, aber auch von Teilen der Union, das Thema Asyl auf Rücken Schutzsuchender po-
6 pulistisch auszuschlachten. Anstatt immer wieder neue Gesetzesverschärfungen zu forcie-
7 ren, sollte der Bund engagierte Kommunen wie Dresden bei ihren **Integrationsbemühun-**
8 **gen** finanziell stärker **unterstützen**. Eine inhumane Asylpolitik, die auf Abschiebungen in un-
9 sichere Länder wie z.B. Afghanistan setzt, lehnen wir als SPD Dresden nach wie vor ab.
10
11 Die Teilhabe möglichst aller Menschen am gesellschaftlichen Leben ist für uns als Dresdner
12 SPD in den vergangenen Jahren zu einem immer wichtigeren Thema geworden. Damit diese
13 Forderung Realität werden kann, setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, das **Bundes-**
14 **teilhabegesetz** zu **überarbeiten**. So muss die UN-Behindertenrechtskonvention wirklich
15 konsequent umgesetzt und die Besonderheiten im Bildungsverlauf von Menschen mit Behin-
16 derung besser berücksichtigt werden. Ebenso wollen wir bestehende Wahlrechtsausschlüs-
17 se von Menschen mit Behinderungen im Bundeswahlgesetz nach dem
18 Vorbild von Nordrhein-Westfalen abschaffen.
19
20 Viele dieser Themen werden sich im Entwurf des SPD-Regierungsprogramm befinden, bei
21 allen anderen werden wir uns dafür einsetzen, dass sie aufgenommen werden. Doch ent-
22 scheidend ist letztendlich, die SPD zur stärksten Partei und Martin Schulz zum Kanzler zu
23 machen. Nur so können wir einen wirklichen Politikwechsel erreichen.